

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

15.2.1930 (No. 40)



Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 933 und 934, Postfach Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Kneub, Karlsruhe

Preis: Monatlich 3,25 RM. einj. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf. Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, bei Abonnementen halber. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Währungsbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in dem unserer Redaktion und Anstalten verfahren fällt der Verlag die Haftung ab, in beschränkter Umfang oder nicht. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerbittliche Druckfehler werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Irrtümer übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Generalhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Monatsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Generalversammlung der Reichsbank

Ausführungen Dr. Schacht  
Dr. Schacht machte in der heutigen Generalversammlung der Reichsbank Ausführungen zu den Ziffern der Bilanz, nebst Gewinn- und Verlustrechnung.

Er wies auf die sehr große Goldbewegung des Jahres 1929 hin, in dem über 1 1/2 Milliarden Reichsmark, d. h. mehr als 500 000 Tilo Gold, in beiden Richtungen über die deutsche Grenze gegangen seien. Er erwähnte die bekannten Vorgänge, die zu dieser starken Goldbewegung geführt haben, und betonte, daß diese Bewegung ein Zeichen dafür sei, wie sehr nach Krisenanlässe durch die Reparationen und durch die internationalen Verschuldungen und Kapitalverlagerungen die internationale Lage dauernd beunruhigt. Die Notenbanken mühten alle bestrebt sein, die Beunruhigungen und Unwirtschaftlichkeiten dieser Goldbewegungen zu beseitigen. Dr. Schacht gab der Hoffnung Ausdruck, daß besonders die Bank für internationalen Zahlungsausgleich sich dieser Aufgabe widmen werde.

Bezüglich des Umlaufes an Rentenbankscheinen erwähnte Dr. Schacht, daß bis Ende 1929 rund 1,6 Milliarden Reichsmark Rentenbankscheine geflößt worden seien, und daß tatsächlich im Verlaufe noch 410 Millionen Reichsmark seien. Es sei beabsichtigt, die Fälligkeit, die eigentlich 1934 beendet sein sollte, bis zum Jahre 1942 zu strecken, um dadurch die Landwirtschaft von der Rentenmarkumlage befreien zu können.

Der Redner wies auf die Notwendigkeit eines Neubaus in Berlin hin, für dessen Kosten bereits ein Baureferat vorliegt. Die schlechten Räumlichkeiten der Reichsbank in Berlin behindern die Rationalisierung und erschweren den Verkehr mit dem Publikum. Durch die Ausdehnung des Giroverkehrs ist eine neue Belastung entstanden, da die Reichsbank die Überweisungsangelegenheiten vornimmt, wodurch allein eine Portoausgabe von über einer Million Reichsmark entstanden ist.

Er ging dann auf die Entwicklung des Personalstandes ein, der zeigt, daß von Ende 1928 23 091 Beschäftigten bei der Reichsbank (davon 8870 Beamte) nur noch 42 Proz. übriggeblieben seien. Andererseits machte sich die Überalterung des Beamtenpersonals bemerkbar, 1924 habe das Beamtendurchschnittsalter 37 1/2 Jahre, 1929 42 Jahre betragen. Die jährlichen Ruheentlohnungen durch Höherrenten von Beamten in höhere Gehaltsstufen usw. belaufen sich auf ungefähr 1 Million Reichsmark. Die Reichsbank könne in der Reduktion der Unkosten nicht die gleichen Erfolge aufweisen wie das private Bankgewerbe.

### Verwaltungsbericht der Reichsbank

Das Jahr 1929 war für die Reichsbank, wie im Verwaltungsbericht ausgeführt wird, vor allem gekennzeichnet durch die erfolgreiche Überwindung der Währungsunruhe, die im Frühjahr im Zusammenhang mit den Pariser Sachverständigenverhandlungen eingetreten war und die starke politische Abhängigkeit des deutschen Kredits sowie die besonderen Gefahren hoher Auslandsverschuldung schlaglichtartig beleuchtete. In den kritischen Wochen des Frühjahrs gab die Reichsbank an Gold und Devisen im ganzen für nahezu 1 1/2 Milliarden Reichsmark her.

Wie die Gestaltung der Devisenkurse während der wechselvollen Entwicklung des Berichtsjahres erkennen läßt, ist die Reichsbank zu jeder Zeit instand gewesen, die Stabilität der Reichsmark zu sichern und aufrechtzuerhalten. Die Bank konnte erneut zeigen, daß sie auch unter schwierigen Verhältnissen ihre Aufgaben erfüllen kann, sofern sie nur entschlossen ist, die ihr zu Gebote stehenden Nachmittel energisch einzusetzen. Es ist höchst bedauerlich, daß trotzdem immer wieder Leute auftreten, die in Wort und Schrift durch Behauptung eines kommenden Währungsverfalles und einer bevorstehenden Inflation die Öffentlichkeit zu beunruhigen versuchen.

Die Anspannung am deutschen Kapitalmarkt verschärfte sich, wie weiter ausgeführt wird, im Berichtsjahre. Die Forderungen des Reiches und mehrerer Kommunen gegen Jahresende zeigten, daß auch der höchstgefährliche Weg langfristige Kapitalbedürfnisse über längere Zeiträume hin provisorisch kurzfristig zu befriedigen, nicht weiter gangbar war. Da auch das ausländische Finanzkapital sich Deutschland für längerfristige Anleihen mehr und mehr verschloß, nahm die Anleihen deutscher Industrieunternehmen an das ausländische Industriefinanzkapital stärkeren Umfang an. An die Stelle des bürnenmäßigen Erwerbs deutscher Aktien seitens des Auslandes trat in zunehmendem Maße besondere vertragliche Beteiligung an deutschen Unternehmungen. Infolge dieser Entwicklung ist ein Überblick über das nach Deutschland geflossene, zweifellos erhebliche ausländische Kapital während des Berichtsjahres noch schwerer möglich als in früheren Jahren.

Die Gesamtlage bei der Reichsbank betrug 1929 zusammen 911 471,3 Mill. Reichsmark (i. V. 819 906,0). Im Jahre 1929 wurden 556,6 Mill. Reichsmark an Gold aus dem Ausland angekauft. 1 Milliarde Reichsmark an Gold wurde zwecks Regulierung der Wechselkurse im Ausland wieder verkauft, 6 Mill. Reichsmark sind im Inland für industrielle Zwecke u. dgl. abgegeben worden. Demgemäß ergab sich insgesamt eine Abnahme des Goldbestandes der Bank um 446,2 Mill. Reichsmark.

Der Rohgewinn der Reichsbank beziffert sich 1929 auf 170,2 Mill. Reichsmark gegenüber 157,7 Mill. Reichsmark i. V. Die Ausgaben betrugen 144,7 Mill. Reichsmark (132,3 Mill. Reichsmark). Es ergibt sich demnach ein Reingewinn von 25,5 Mill. Reichsmark (25,4 Mill. Reichsmark), der wiederum die Verteilung einer Dividende von 12 Proz. gestattet. Als Eigentümer der Reichsbankanteile standen in den Stammbüchern der Reichsbank Ende 1929 eingetragen: 10 016 Inländer mit 1 006 840 Anteilen zu 100 M (9928 mit 1 003 528), 1288 Ausländer mit 224 541 Anteilen zu 100 M (1300 mit 224 853), zusammen 11 304 Eigentümer mit 1 227 881 Anteilen zu 100 Reichsmark (11 228 mit 1 227 881). Die Zahl der Beamten,

### Letzte Nachrichten

#### Die Finanzministerkonferenz der Länder

Dr. Berlin, 15. Febr. (Priv.-Tel.) Im großen Saal des Reichsfinanzministeriums begann heute vormittag 10 Uhr die angekündigte Konferenz der Finanzminister der Länder. Nach Begrüßungsworten gab Reichsfinanzminister Noldehauer einen Überblick über den Etat 1930. Er berichtete auch über die Verhandlungen, die er wegen der Deckungsfrage mit den Reichstagsfraktionen geführt und die bekanntlich nach schweren Hemmnissen gestern abend einen wesentlichen Fortschritt gemacht haben. Nach dem Referat des Reichsfinanzministers werden die Finanzminister der Länder ihre Auffassungen und Wünsche darlegen, soweit sie nicht in den gestrigen mehr unformellen Besprechungen bereits erörtert worden sind.

#### Zweifel und Besorgnisse in London

Die französischen Forderungen  
Dr. London, 15. Febr. (Tel.). „Daily Herald“ sagt: Die französischen Zahlen werden möglicherweise die anderen Seemächte zwingen, ihre Berechnungen und Vorschläge abzuändern. An die Stelle des immer stärker gewordenen Optimismus der letzten Tage ist ein Gefühl der Unsicherheit getreten.

„Daily Telegraph“ schreibt: Wenn die französischen Zahlen aufrechterhalten bleiben, würden sie England zwingen, 200 000 Tonnen an Zerstörern zu bauen. In Sachen Mittelmeerlocarno sei die englische Regierung zwar bereit, eine Verpflichtung einzugehen, die vorsehen würde, daß im Falle eines Konfliktes die an einer solchen Verpflichtung beteiligten Mächte sich zu einer gemeinschaftlichen Erklärung des Falles zusammenschließen, von einem neuen Locarno aber könne keine Rede sein.

Dr. Paris, 15. Febr. Tardieu und Briand hatten gestern, ehe sie über das Wochenende nach Paris zurückkehrten, eine Unterredung mit Macdonald, Stimson und Morrow, mit der sich der Außenminister des „Echo de Paris“ kritisch auseinandersetzte, da Macdonald in dieser Unterredung seine Bedenken über die Höhe der in der französischen Denkschrift aufgestellten Tonnageforderungen nicht verhehlt und erklärt hat, die Beibehaltung dieser Ziffern müsse unvermeidlich auf das englische Flottenprogramm, sowie infolge der Parität auch auf das amerikanische seine Auswirkungen haben. Das Blatt erklärt, daß Macdonald entweder überhaupt auf den Zweimächtestand hätte verzichten oder aber mit Frankreich hätte Fühlung nehmen müssen, ehe er sich mit Hoover einigte. Frankreich brauche sich doch nicht nach den Washington zustande gekommenen Abmachungen zu richten. Der Zweimächtestand dürfe nicht auf Kosten der französischen Marine gehen.

Die Sicherheitsfrage soll ebenfalls Gegenstand dieser Unterredung gewesen sein. „Matin“ zufolge denkt Tardieu an den französischen Tonnageforderungen nichts nachzulassen. Wenn neue Garantien zur Sicherung des Friedens zustande kommen sollten, so werde Frankreich daran denken können, auf einen Teil seiner Forderungen, und zwar nur nach Maßgabe des Wertes der neu zustande gekommenen Verträge, zu verzichten.

#### Zwischenfälle in Spanien

Dr. Paris, 15. Febr. (Tel.) Wie aus Barcelona berichtet wird, haben sich in Rio Zwischenfälle ereignet. Die Bevölkerung habe mehrere Häuser mit Steinen beworfen und sei in das Gebäude, in dem die Patriotische Vereinigung ihren Sitz hat, eingedrungen, und habe dort größeren Sachschaden angerichtet. In den vollständigen Stadtvierteln von Madrid sollen Arbeitslosenunruhen stattgefunden haben, die die Polizei nötigen, einzugreifen. Dabei sei es zu Zusammenstößen gekommen, bei denen zahlreiche Manifestanten verletzt und andere verhaftet wurden. Der Innenminister hat eine Abordnung der Lebensmittelhändler empfangen, die um Schutz ihrer Läden gegen Überfälle durch angebliche Arbeitslose bat.

Eine Reichsheimatpolizei? Bei der Beratung des Gaffstättergesetzes im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags wurde (mit knapper Stimmenmehrheit) die Polizeistunde reichsgesetzlich generell auf 1 Uhr festgesetzt. In der Debatte hatten sich kürzlich die Vertreter der Reichsregierung, Preußens und Bayerns eindringlich gegen jede reichsgesetzliche schematische Regelung dieser Frage gewandt. Es soll jedoch die Möglichkeit gegeben werden, daß die oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmten nachgeordneten Behörden in gewissem Umfang Ausnahmen zulassen.

Der Ausverkauf der RPD. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, sind die Verhandlungen über den Verkauf des Immobilien Vermögens der RPD, noch im Gange und haben zum Teil bereits Ergebnisse gehabt. So ist dem Blatt zufolge das Hamburger Parteihaus der Kommunistischen Partei am Valentinsplatz vor etwa 10 Tagen verkauft worden, und zwar an den Hamburger Staat. Der Kaufpreis betrug nach Informationen des „Vorwärts“ rund 300 000 M. Er ist nicht in bar gezahlt worden, vielmehr ist der weitaus größte Teil in Schuldverschreibungen des Hamburger Staates entrichtet worden.

Angestellten und Arbeiter der Bank hat sich von 1928 am Schluß des Jahres 1929 auf 9841 am Ende des Berichtsjahres vermindert.

### \* Zur politischen Lage

Der gestrige und der heutige Tag waren dazu bestimmt, um in eingehenden Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister und den Finanzministern der Länder eine Klärung herbeizuführen über die Frage des Finanzausgleichs im allgemeinen und über die Frage der unmittelbaren Geldbeschaffung für die Länder im besonderen. Es ist bekannt, daß eigentlich alle Länder dringend Geld gebrauchen; sogar Preußen und Sachsen, die beide an sich Steuerüberschußländer sind, aber gleichfalls unter der ungünstigen Wirtschaftslage zu leiden haben. Preußen hatte bereits einen Betrag von 88 Millionen als erwartete Mehrerlöse in seinen Haushaltsplan eingelegt.

Die gestrige Besprechung war lediglich unverbindlich. Erst die heutige Konferenz wird zu offiziellen Entscheidungen führen. Wie es scheint, sind die Aussichten für eine grundlegende Änderung des Finanzausgleichs nicht sehr günstig. Dennoch hat man offenbar auch in Berlin eingesehen, daß die unmittelbaren Geldbedürfnisse der Länder irgendwie berücksichtigt werden müssen. Die Summe, die insgesamt für diesen Zweck notwendig wäre, beläuft sich auf 200 Millionen.

Wie aus den Berichten über die gestrige Besprechung hervorgeht, denkt man daran, die Länder an dem Mehrertrag der Biersteuer zur Hälfte zu beteiligen. Das wäre also eine Zuschußsumme von 40 Millionen. Ferner hat man von einer Neuordnung der Verwendung der Hauszinssteuermittel gesprochen. Ganz von selbst lenkte sich die Aufmerksamkeit auch auf das Problem der Erhöhung der Umsatzsteuer. Eine solche Erhöhung findet jedoch sowohl bei der Reichsregierung wie bei den Regierungen der Länder so gut wie gar keine Sympathie.

In Baden wird man den Beschlüssen der heutigen Konferenz mit besonderem Interesse entgegensehen. Gehören doch auch wir zu den Ländern, die von den Verhandlungen mit dem Reich eine Besserung unserer Finanzlage erwarten müssen. Die Regierungserklärung des badischen Staatspräsidenten im Landtag hat ja darüber vollkommen Klarheit geschaffen. Daß die gestern vorgeschlagenen Mittel (Beteiligung an der Biersteuer und Neuordnung der Verwendung der Hauszinssteuermittel) nicht ausreichen werden, um auch nur den dringendsten Bedarf der Länder zu decken, das ergibt sich bei einer Gegenüberstellung dieser geringfügigen Zuweisungen mit der Summe des Bedarfes ganz von selbst.

Sehr bedauerlich wäre es, wenn der bisherige Finanzausgleich als solcher wiederum verlängert würde. Die Länder müssen endlich finanziell wieder auf eigene Füße gestellt werden. Man könnte einer einseitigen Verlängerung des zur Zeit herrschenden Systems höchstens dann zustimmen, wenn man sich davon überzeugt hat, daß etwaige einschneidende Änderungen im Augenblick doch nur weitere Verschlechterungen für die Länder mit sich bringen würden.

Neben den Konferenzen mit den Finanzministern der Länder liefern die Besprechungen des Reichsfinanzministers mit den Führern und Finanzfachverständigen der Koalitionsparteien weiter. Hier hat sich nun erfreulicherweise die Situation gebessert. Und zwar gilt das vor allem für die viel umstrittene Frage der Sanierung der Arbeitslosenversicherung.

Der Plan, der sich aus den gestrigen Besprechungen als der aussichtsreichste herauskristallisiert hat, ist folgender: die Arbeitslosenversicherungsanstalt erhält geschäftliche Selbstständigkeit, sie kann von sich aus ihr ganzes Verwaltungssystem reformieren und damit beträchtliche Ersparnisse erzielen. Sie handelt aus eigenem Entschlusse und nach eigener Verantwortung. Der Reichstag wird damit ausgeschaltet. Natürlich könnte dann die Versicherungsanstalt prinzipiell auch neue Erhöhungen der Beiträge beschließen. Aber man will den Beschluß einer solchen Erhöhung an die Bedingung der qualifizierten Mehrheit knüpfen. Die Gefahr willkürlicher Erhöhungen wäre damit so gut wie ausgeschlossen, weil kaum anzunehmen ist, daß die Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter zusammen für solche Willkürlichkeiten zu haben sein werden.

Diese Umorganisation der Arbeitslosenversicherung hätte zweifellos viel für sich. Was die Finanzierung betrifft, so hält der gestrige Plan daran fest, daß sich die Arbeitslosenversicherungsanstalt mit den beiden anderen großen Sozialversicherungsanstalten, der Angestellten- und der Invalidenversicherung, ins Benehmen setzt und



sich von dort her die nötigen Kredite holt. Nebenher steht auch noch immer der Gedanke an eine Veräußerung der Vorzugsaktien der Reichsbahn im Vordergrund. Offen ist die Frage, in welcher Höhe sie verwendet werden sollen. Es würde wohl genügen, wenn auf das Jahr 1930 nur 150 Millionen Kredit übernommen werden, während die restlichen 100 Millionen dann auf das nächste Jahr verschoben werden.

Die außenpolitische Debatte über den Youngplan hat in dieser Woche im Reichstag ihren Abschluß erreicht. Es waren sich alle Parteien einschließlich der Opposition in der Beurteilung des Youngplans insoweit einig, als man diesen Plan nur als eine Etappe auf dem großen Wege der fortschreitenden Reparationsverminderung ansieht. Mit genauen Zahlen ist dann noch von seiten der Reichsregierung und von seiten einzelner Redner der Regierungskoalition der klare Beweis erbracht worden, daß — ob man sich nun an die Annuitäten oder an den Gegenwartswert hält — der Youngplan eine sehr wesentliche Verbesserung gegenüber dem Dawesplan darstellt. Die deutsch-nationale Opposition ist vor allem darauf aufmerksam gemacht worden, daß eine wie furchtbare Wirtschaftskatastrophe die Rückkehr zum Dawesplan für Deutschland ergeben hätte. An der Annahme des Youngplans und der Young-Gesetze im Reichstag ist nicht zu zweifeln.

So ist es nach wie vor begreiflich, daß sich das größere Interesse der Politiker dem Problem der Finanzreform zuwendet. Sowohl man sich über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung und über die Befriedigung der Geldbedürfnisse der Länder geeinigt haben wird, wird man an die beiden anderen wichtigen Aufgaben herangehen: an die endgültige Aufstellung des Stats mit den dringend notwendig gewordenen Streichungen und an die Steuerreform. In einem Teil der Presse ist in den letzten Tagen auch der Gedanke eines Zuschlags zur Einkommensteuer in Höhe von 15—20 Proz. aufgetaucht oder der Gedanke eines „Kotoppers“. Dieses Kotopper soll darin bestehen, daß von dem Gehalt aller Festbesoldeten, soweit sie nicht angestelltenversicherungspflichtig sind, 1 Prozent einmalig erhoben wird. Daß solche Vorschläge sehr wenig populär sind, kann man sich denken. An und für sich bedeuten sie ja auch wohl nur das moralische Eingeständnis, daß Gehälter und Löhne eben eine Höhe erreicht haben, die mit unserer Finanz- und Wirtschaftslage nicht mehr vereinbar ist. Dabei ist es wohl eine Selbstverständlichkeit, daß keine neuen Ungerechtigkeiten und Differenzierungen geschaffen werden. Sondern daß eine etwaige Gehaltsreduzierung sich unerschiedslos auf alle erstreckt.

Zur äußeren Politik genügen ein paar kurze Sätze: es ist erfreulich, daß durch den Besuch Soblers in Rom die Beziehungen zwischen Italien und Deutschösterreich auf eine vernünftige Basis gestellt worden sind. Leider ist die Südtiroler Frage damit noch nicht vorwärts gebracht worden. — Was die Flottenkonferenz in London betrifft, so hat man sich noch nicht im mindesten geeinigt. Dardieu hat inzwischen das Hinundhergezerrte zu einem Vorschlag ausgenutzt, der nicht etwa eine Flottenverminderung, sondern eine Flottenvermehrung für Frankreich um das Doppelte bringen würde.

## Badisches Landestheater

### Die Flebermaus

Mit Karlheinz Käfer als Doktor Falke und vor allem als zuverlässigem Hilfsregisseur, der die beiden Gäste noch bei offenem Vorhang über die notwendig nächsten Bühnenborstern instruierte, ging diese „Flebermaus“-Aufführung einermäßig glimpflich vorüber. Natürlich war unter solchen erschwerten Umständen ein richtiger Johann-Strauß-Vogel kaum abzuschließen. Daß trotzdem in mancher Hinsicht ganz Gutes gelang, daran hatten sowohl Ilse Wild (Adele) wie Hans Sylvester Dunsel (Eisenstein), die beiden Fremdförder im sonst gewohnten Ensemble, ihren redlichen Anteil. Sollte allerdings ein Engagement des aus Gera herübergekommenen Stubenmädchens geplant sein, so müßte es schon jetzt als Fehlgriff bezeichnet werden; denn irgendwelche vorbildliche Soubrettentugenden waren weder darstellerisch noch stimmlich zu entdecken. Einen besseren Eindruck in der von Josef Krips musikalisch abgemischt geleiteten Vorstellung — vorab das Orchester folgte mit willigster Bereitschaft seinem Führer — hinterließ zweifellos der für die wichtige Männerrolle anstatt unseres erkrankten Rentwig noch schnell herbeigerufene Darmstädter Gast. Er erledigte die wenigstens seiner Aufgabe in schauspielerisch recht gewinnender, wenn schon geistlich mitunter etwas oberflächlicher Weise. Jedenfalls war aber seine Leistung keine able Vertörperung im Gesamttrahnen, der neuerdings sowohl im choreographischen Teil wie im dritten Aktbild eine sehr annehmbare Verbesserung erfahren hat. Recht bezeichnend überdies, wie in der äußerst lebhaften Zustimmung, welche die Wiederaufnahme dieser Meisteroperette fand, nochmals ein deutlicher Protest gegen die Theaterjüden zum Ausdruck kam, die die letzte Offenbach-Novität verschuldet hatten! H. Sch.

Freunde der Badischen Kunsthalle, Karlsruhe. Anlässlich der mit dem staatlichen Wettbewerb verbundenen Ausstellung der badischen Selbstbildnisse findet am Dienstag, dem 18. Februar 1930, abends 8½ Uhr, in der Badischen Kunsthalle zu Karlsruhe, Eingang Hauptportal, ein Vortrag mit Lichtbildern statt. Herr Dr. Kurt Bauch, Privatdozent der Universität Freiburg, spricht über „Die Selbstdarstellung des bildenden Künstlers“.

Dr. Albert Schweitzer für den Nobelpreis vorgeschlagen. Der große Senat der Technischen Hochschule Stuttgart hat einstimmig beschlossen, an das Nobelpreiskomitee in Oslo den Antrag zu stellen, den als Friedensfreund und Kulturpionier bekannten Missionar, Arzt, Theologen und Philosophen Dr. Albert Schweitzer, der schon seit längerer Zeit Ehrenbürger der Stuttgarter Technischen Hochschule ist, zum Friedensnobelpreis vorzuschlagen.

## Gegen die Ausdehnung der Pflichtkrankenversicherung

Im Hinblick auf die geplante Neuordnung der reichsgesellschaftlichen Krankenversicherung verdient die Veröffentlichung der Reichsstatistik über die Krankenversicherung 1927 verdoppelte Aufmerksamkeit. In a zeigt sich, daß bei einer Grundlohnstufe von 600 RM der Beitrag jedes Mitgliedes um 23,60 RM hinter den auf dieses Mitglied entfallenden Ausgaben zurückbleibt. Auch bei einer Grundlohnstufe von 900 RM ist der jährliche Fehlbetrag, den dieses Mitglied der Krankenkasse durchschnittlich verursacht, noch 11,70 RM. Dagegen verbleibt bei Mitgliedern mit einem Jahresgrundlohn von 1800 RM bereits ein Überschuss von jährlich 21 RM. Dieser steigert sich bei den Mitgliedern in der Lohnstufe von 3600 RM auf 95,40 Reichsmark. Er würde bei der Einbeziehung der Gehälter bis 8400 RM für diese in Betracht gezogene Höchststufe auf 285,30 RM ansteigen.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei nochmals hervorzuheben, daß diese Ziffern auf den Durchschnittszahlen des Jahres 1927 errechnet und abgerundet sind. Aber der Grundcharakter des Verhältnisses von Leistung und Gegenleistung in der Krankenversicherung bleibt vermutlich derselbe. Bei Versicherten, deren Löhne dem Durchschnittslohn entsprechen, stehen Leistung und Gegenleistung ungefähr im Gleichgewicht. Je weiter der Jahresgrundlohn nach unten abweicht, desto größer ist der Zuschußbedarf der Kasse, je weiter nach oben, desto größer der Überschubbetrag. Ein Krankenkassenmitglied, das bei einem Grundlohn von 3600 RM und einem durchschnittlichen Beitragsfuß von rund 6,20 v. H. des Grundlohns einen Jahresbeitrag von rund 223,20 RM leistet, erhält von diesem Beitrag in runden Ziffern durchschnittlich 80 RM in Form von Verleistungen und 47,40 RM als Sachleistungen zurück, insgesamt also rund 128 RM, während rund 95 RM, also rund 40 v. H. der bezahlten Beiträge, ihm als soziale Steuer abgenommen und zur Gewährung von Leistungen an die Krankenkassenmitglieder verwendet werden, die weniger als den Durchschnittsbeitrag zahlen.

Noch tröster wäre das Verhältnis zwischen zurückfließenden und verlorengehenden Leistungen bei Versicherten mit einem Jahresgrundlohn von 8400 RM bei sonst gleichbleibenden gesetzlichen Bestimmungen: Wiederum in runden Ziffern gerechnet, wäre der Jahresbeitrag 520,80 RM (!). An dieses Mitglied würden rund 188,10 RM für bare und 47,40 RM für sachliche Leistungen, zusammen rund 235,50 RM zurückfließen, während 285,30 RM, also 55 v. H. des geleisteten Beitrags, als soziale Steuer erhoben würden. D. h. die soziale Steuer wäre in diesem Falle sogar höher als die durchschnittliche eigentliche Versicherungsleistung.

Diese Ergebnisse erläutern, warum von einem gewissen Einkommen ab die Einbeziehung in die Krankenversicherung für den Versicherten eine stark fühlbare Belastung darstellt. Je verschiedenartiger die in einer Klasse zusammengefaßten Grundlöhne sind, desto mehr verliert sie den Charakter der Versicherung, desto ausgeprägter wird sie Fürsorge- und Steuerinstitut. Die Frage der Konzentration der Krankenversicherung ist also nicht nur eine Frage der Verwaltungstechnik, wie sie gemeinhin angesehen wird, sondern berührt den Grundcharakter der Versicherung.

## „Französische Höflichkeit“

Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete hatte Ende des Jahres 1929 in einem Schreiben an den Präsidenten der Interalliierten Rheinlandkommission den Wunsch nach Aufhebung der Grenzpflicht für die deutschen uniformierten Beamten in besetzten Gebiet erneuert, und hat nun daraufhin die Antwort erhalten, die Oberkommission sei der Ansicht, daß irgendwelche Änderungen der diesbezüglichen Regelung die Gefahr heraufbeschwören würde, unnötige Zwischenfälle in den besetzten Gebieten zu schaffen. Außerdem dünt die Oberkommission, daß im Hinblick auf die von den Regierungen verfolgte Annäherungspolitik es scheinen möchte, daß Höflichkeitserzeugnisse dieser Art jetzt eher ausgedehnt als eingeschränkt werden sollten.

## Kurze Nachrichten

Hauptbefreiungsfeier der Pfalz. In einer Sitzung des erweiterten Ausschusses des Verkehrsvereins Speyer hörte man, daß möglicherweise in Speyer die zentrale Befreiungsfeier für die Pfalz stattfindet.

Billigeres Roggenbrot in Stuttgart. Die Wäckerinnung Stuttgart hat ihre Mitglieder aufgefordert, im Interesse der Landwirtschaft der allgemein auf erhöhten Verbrauch von Roggen hinzielenden Bewegung in möglichst großem Umfang Rechnung zu tragen. Gleichzeitig hat sie veranlaßt, den Preis für das Roggenbrot vom 17. d. M. an auf 38 Pf für das Kilogramm herabzusetzen.

Die Arbeitszeit im Bergbau. Der Sozialpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat die Beratung des Entwurfs des Bergarbeitsgesetzes beendet. Die Dauer der Arbeitszeit wird im Entwurf auf 7½ Stunden beschränkt.

Der 36. Deutsche Weinbaukongress wird in der Zeit vom 30. August bis 2. September in Trier abgehalten werden.

Neue französische Kanalpläne. Eßfurter Blättermeldungen zufolge soll vom Rhein-Rhone-Kanal aus nach den elbäufigen Kanalarbeiten ein besonderer Kanal gebaut werden, um die Verfrachtung des Kalis zu verbilligen. Ein Hauptstufenplan soll bei der Kaligesellschaft Theodor errichtet werden, von wo aus Abweiganäle nach verschiedenen Kanalarbeiten gehen sollen. Größere Häfen sollen ebenfalls bei Wittisheim, Auelshheim und Wattenheim errichtet werden.

Weihaiwei ist an China zurückgegeben worden. Dies soll der erste Schritt zur Rückgabe aller Pachtgebiete sein.

## Die Münchener Lauben

bilden besonders auf dem Odeonsplatz, eine Art Sebenswürdigkeit. Die verwidert lebenden Lauben nehmen andauernd stark zu, hauptsächlich infolge der guten Fütterung durch das Publikum. Da sie durch ihre starke Mistablagung die Fassaden berühmter Gebäude wie der Theatinerkirche, der Michaelskirche usw. stark beschädigen, sind sie in früheren Jahren mit Netzen gefangen worden. Die Fangnetze betrug jährlich rund 5000 Stück. Diese gut gemeinte Maßnahme ist aber von einem großen Teil des Publikums durchkreuzt worden, indem das städtische Personal beim Abfang belästigt und auch angegriffen wurde. Die Vertreter der Tierchutzvereine sprachen sich absolut gegen jeden Abfang aus und erklärten, sie würden die ganze Bevölkerung gegen diesen „Massenmord“ aufreizen. Die Stadt mußte den Fang wieder einstellen.

Die Untersuchung über die Beschädigungen des Lohbampfers „München“ in New York wird erst in der nächsten Woche beendet sein. Eine Entscheidung darüber, ob das Schiff wieder instandgesetzt werden soll, wird erst möglich sein, wenn die Untersuchung durch Taucher endgültig abgeschlossen ist, und die Laderräume 3 und 4 ausgepumpt sind.

## Badischer Landtag

(30. Sitzung)

D. B. Karlsruhe, 14. Febr. 1930.

In der nachmittags fortgeführten

## Sozialdebatte

spricht sich

Abg. Berggötte (Ev. Volksp.) gegen den Abbau der Sozialversicherung aus.

Abg. Habermehl (D. Natl.) ist kein Gegner der Herabsetzung der Altersgrenze, macht aber die Bedingung, daß sie geldlich getragen werden kann. Die Sozialversicherung abzuschaffen, wäre ein Wahnsinn und Verbrechen zugleich. Das könne aber nicht hindern, zu fordern, daß auf Grund der Erfahrungen die bessernde Hand angelegt wird. Wer oberflächlich über die Position der Arbeitgeber urteilt, habe keine Ahnung von den Existenzkämpfen in diesen Kreisen. Arbeitgeber und Arbeiter hätten an einem Strang zu ziehen. Mit dem Sparprinzip sei der ungeheure Verwaltungsapparat nicht zu vereinbaren. Den Kampf gegen die Existenz sollte man aufgeben. Der Redner ist der Meinung, daß wir in der Sozialversicherung vor einer Krise stehen, die nur überwunden werden könne, wenn sich alle Beteiligten auf einen gemeinsamen Boden zusammenfinden. Die Industrie könne nichts mehr bezahlen; denn die Schwierigkeiten des Auslandsports seien riesengroß und der innere Markt nicht mehr aufnahmefähig. Abg. Spielmann (Wirtsch.-u. Bauernp.) bekennt sich als Freund der Erbschaft- und Innungsrentenklassen.

## Innenminister Wittmann

gedenkt der großen Verdienste des verstorbenen Präsidenten der Landesversicherungsanstalt, Jung. Er teilt die Warnungen, an dem Gebäude der Sozialversicherung zu rütteln. Auch in Amerika sei man so weit, die Bedeutung der staatlichen Versicherung zu erkennen. Eine Grenze müsse aber gezogen werden, wenn die Leistungen an der Ausbringungsmöglichkeit der Arbeitgeber scheitern. Daß die Sozialversicherung unter dem Rückgang der Moral zu leiden habe, soll nicht bestritten werden. Es wird immer Leute geben, die die Klassen auszunutzen suchen. Andererseits seien manche Ärzte zu leicht geneigt, Zeugnisse auszustellen. Gebankengänge, wie die des Prof. Honeffer seien von der Wirklichkeit zu weit entfernt. Württemberg mußte 1928 für sein einziges Oberverwaltungsamt 40 000 M mehr zahlen als wir für unsere vier.

Als badischer Minister hat der Redner das größte Interesse daran, daß das Defizit der Arbeitslosenversicherung nicht dadurch behoben wird, daß man Gelder der Angestellten- und anderer Versicherungen wegnimmt. Dadurch würden Geldquellen versiegen, auf die wir nicht verzichten können. Die Krankenkassen, Neustadt und St. Marien hätten zur Zeit kein Interesse an der Errichtung einer besonderen Betriebskrankenkasse für das Schlachtfleisch.

Abg. Kühn (Zentr.) beklagt die oft sehr lange Dauer des Renten- und Spruchverfahrens. Tatsächlich entfällt ein Teil der Schuld auf die Ärzteschaft. Da und dort lasse die Behörde durch die Vertrauensärzte zu wünschen übrig. Es wäre zu begrüßen, wenn die Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft etwas vermindert werden könnten. Möge es bald gelingen, eine Vereinfachung und Verbildung der Sozialversicherung durch Zusammenlegung herbeizuführen.

Abg. Rüdert (Soz.) ist überzeugt, daß die Not zur Vereinheitlichung zwingt. Der Angestellten- und Invalidenversicherung aber Gelder wegzunehmen, wäre ein schlechter Anfang. Wie wollte man dann den Wohnungsneubau finanzieren? Der Redner setzt sich schließlich mit den Kritikern der Ortskrankenkassen auseinander.

Abg. Bod (Komm.) polemisiert gegen die Sozialgesetzgebung und ihre Handhabung.

Abg. Bauer (D. Pop.) wendet sich gegen verschiedene Ausführungen des Abg. Rüdert.

Damit schließt die Aussprache. Der Abschluß — Soziale Versicherung — wird genehmigt, ebenso der Personalhaushalt der Landesversicherungsanstalt, Nächste Plenarsitzung Donnerstag, vorm. 9 Uhr. Schluß 6 Uhr.

## Ausbesserung geringbesoldeter Pfarrer

Wie bereits gemeldet, hat die Regierung dem Landtag einen Gesetzentwurf über die Ausbesserung geringbesoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln vorgelegt.

Die Vorlage bringt den stufenweisen Abbau des Zuschusses. Es soll eine generelle Kürzung der Staatsauswendungen um 20 Proz. für die ersten beiden Jahre 1931 und 1932 und um 25 Proz. für die nächsten zwei Rechnungsjahre erfolgen. Dazu sollen dann weiter zum Zwecke der Erreichung der Parität bei der Gewährung der Zuschüsse zur Pfarrerbesoldung die Zuschüsse für die evangelischen Pfarrfamilien in der Weise abgebaut werden, daß für das zweite und dritte Rechnungsjahr nur noch 50 Proz. und im vierten Jahre nur noch ein Sechstel derselben gewährt wird. Für 1931 sind daher die vollen Stinderzuschüsse in Ansatz gebracht.

Durch den Teillabbau in zwei Etappen glaubt man, das Interesse der Kirchen zu wahren. Die Übergangszeit von 2½ Jahren, wie sie durch das letzte Änderungsgesetz gegeben worden ist, war zu kurz, als daß sich die Kirchen auf das Ende der seit dem Jahre 1924 gewährten staatlichen Zuschüsse hätten vorbereiten können. Die Frage, wie der Abbau weitergeführt und bei welcher Grenze etwa Halt gemacht werden sollte, muß offengelassen werden. Offen bleibt auch die Frage einer Ablosungspflicht nach Artikel 138 und 173 der Reichsverfassung. Aus der Feststellung, daß der Einnahmeausfall nur wenige Prozente (bei der römisch-katholischen Kirche 3 Proz., in den Jahren 1931 und 1932, und 4 Proz. in den Jahren 1933 und 1934; bei der evangelisch-protestantischen Kirche zunächst 3 Prozent und sich allmählich auf 5 Proz. steigend), folgte die Regierung, daß es den Religionsgesellschaften gelingen wird, auch nach den vorgeschlagenen Kürzungen der staatlichen Zuschüsse ihre Finanzgebarung in Ordnung zu halten. In einer Anlage zum Gesetzentwurf wird die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der römisch-katholischen und der evangelisch-protestantischen Kirche seit 1924 und gegenüber 1913 dargestellt, woraus sich trotz starker Steigerung aller Ausgaben eine günstige Entwicklung der Vermögenslage der Kirchen ergibt.

Nach der Vorlage sollen die Aufbesserungszuschüsse vom 1. April 1931 bis 1. April 1932 betragen: 894 900 Reichsmark für die römisch-katholischen Pfarrer, 672 700 RM für die evangelisch-protestantischen Pfarrer, 23 600 RM für die altkatholischen Pfarrer, 13 200 RM für die Rabbiner der israelitischen Landes Synagoge, 3100 RM für die freireligiösen Prediger. Vom 1. April 1932 an bis zum 1. April 1933 wären folgende Aufbesserungszuschüsse zu zahlen: 894 900 RM für die römisch-katholischen, 691 800 RM für die evangelisch-protestantischen, 21 100 RM für die altkatholischen Pfarrer, 12 600 RM für die Rabbiner, 2700 RM für die freireligiösen Prediger. Vom 1. April 1933 an bis zum 1. April 1934 wären zu leisten: 832 400 RM für die römisch-katholischen, 556 100 RM für



evangelisch-protestantischen, 19 800 RM für die altkatholischen Pfarrer, 11 800 RM für die Rabbiner, 2600 RM für die freireligiösen Prediger. Vom 1. April 1934 an bis zum Ende 1934 sollen folgende Zuschüsse bezahlt werden: 882 400 RM für die römisch-katholischen, 502 200 RM für die evangelisch-protestantischen, 18 100 RM für die altkatholischen Pfarrer, 11 400 RM für die Rabbiner und 2200 RM für die freireligiösen Prediger.

### Zur Statistik des Fremdenverkehrs in Baden

Auf Anregung des Badischen Verkehrsverbandes wird nach dem Vorbild anderer Länder von jetzt an auch in Baden der Fremdenverkehr in einer laufenden Statistik erfasst. Hierdurch sollen einmal die bisherigen Erfolge der Fremdenverkehrspflege zahlenmäßig festgelegt und Anhaltspunkte für die einzuschlagenden Wege zu einer weiteren erfolgversprechenden Fremdenwerbung der einzelnen Fremdenplätze gewonnen werden. Bei dem von jeder statlichen Verkehrsbehörde von Fremden aus aller Herren Länder in unsern an Naturschönheiten, Sehenswürdigkeiten und Heilfaktoren überaus reiches Land werden durch diese Statistik wertvolle Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Bedeutung des Ausländerverkehrs und dessen Wirkung auf den Geldmarkt sowie die Zahlungsbilanz unseres Vaterlandes gezogen werden können.

Schon die bisherigen nichtantlischen Feststellungen über den Umfang des badischen Fremdenverkehrs Heften einen überaus starken Ausländeranteil am Fremdenstrom nach den Kur- und Fremdenorten Badens vermuten. Daß für eine solche Statistik in unserem Lande weitgehendes Interesse bestand, bezeugt die Beteiligung fast aller badischen Fremdenverkehrsstellen von nennenswerter Bedeutung. An die 300 Gemeinden haben sich freiwillig zur Teilnahme und zu allmonatlichen Meldungen über die Zahl der angekommenen Fremden und der auf sie entfallenden Übernachtungen bereitgefunden. Sie alle haben mit richtigem Blick erkannt, welche wichtige Unterlagen sie mit dieser Statistik für den Ausbau ihrer Fremdenverkehrspolitik in die Hand bekommen.

Für die Beurteilung der Anziehungskraft der einzelnen Verkehrsgebiete und Kurorte wird sowohl festgestellt, wieviel Fremde aus den einzelnen Herkunftsländern kommen, als auch wie lange sie jeweils während der einzelnen Monate im Sommer und Winter zu bleiben pflegen. Aufgabe dieser Statistik ist es ferner, darzutun, inwieweit das Inland an dem Fremdenverkehr beteiligt ist und wieviele Angehörige des Auslandes, insbesondere aus den zahlungskraftigen Ländern (Amerika, England, Holland usw.) sich unter den Besuchern der Kurorte befinden.

### Die Wiedereröffnung des Landesbads

wurde auf Freitag, den 28. Februar 1930, festgesetzt.

### Prager Polizei in Karlsruhe

Eine Studentenkommision der Prager Polizei, die zur Zeit Deutschland bereist, besuchte am Freitag die Karlsruher Polizei und ließ sich insbesondere ihre technischen Anlagen und die gesamte Organisation des polizeilichen Notrufs erläutern.

### Berein zur Förderung der Innenkolonisation

Der Verein zur Förderung der inneren Kolonisation hatte seine Mitglieder und zahlreiche Gäste zur Mitgliederversammlung des Jahres 1929 nach Karlsruhe eingeladen. Der erste Vorsitzende, Präsident Dr. Fuchs, eröffnete die Versammlung mit Begrüßungsworten an die Vertreter der Regierung, der Landwirtschaftskammer, des Vereins für das Deutschtum im Ausland und die anderen erschienenen Gäste.

Der zweite Vorsitzende, Dr. Schenk, brachte den Tätigkeitsbericht, der in der Hauptfrage in einer Darlegung der Resultate einer Inspektionsreise gipfelte, die von der Landwirtschaftskammer und dem Verein für innere Kolonisation gemeinsam nach Schlesien unternommen wurde, um die Klagen unserer badischen Siedler dort zu prüfen. Das Ergebnis der Reise lautete, daß viele Klagen wohl übertrieben oder ungerichtet waren, von vielen mußte man aber zugeben, daß sie durchaus Grund hatten. Die Schlesische Landgesellschaft ist aber inzwischen im Besitze ihrer Leitung völlig umorganisiert worden, so daß man sich von dieser Neuordnung Abstellung der Unzulänglichkeiten versprechen kann.

Es folgte der zahlenmäßige Kasienbericht, und darauf nahm Herr Brädrich, Geschäftsführer der Siedlervermittlungsstelle in Berlin, das Wort. Der Redner legte dar, daß der Grund nicht so belastet zu werden brauchte, wenn dem Siedler selbst mehr überlassen werde. Denn letzten Endes komme es einzig und allein auf den Siedler an, und freilich auch auf die Frau, die er zur Seite hat. Die Anlagungskosten könnten sich auf etwa 8000 RM verringern, wovon der Siedler die Hälfte allerdings aus eigenem Vermögen haben müßte, die andere Hälfte müßte er Gelegenheit bekommen, zu nicht allzuhohen Bedingungen als Kredit zu erhalten.

Darauf führte Direktor Felsinger von der Grazer Siedlungsbank die Hörer durch sein schönes Heimatland, die grüne Steiermark. Das Land ist außerordentlich günstig für eine spezielle badische Siedlung, weil es ausgedehntes Weinland hat, sehr gutes Obstgelande, und sonst durch sein mildes, sonniges Klima geeignet für alle üblichen, sogar südlische Getreide und Früchte. Das Land dort ist billig und ergiebig. Allerdings sind in der Steiermark nur Siedler willkommen, die den dortigen Landwirten Vorbild sein können, und es wird von der Siedlungsbank sehr ausgeüht, wer zugelassen werden darf. Mit tüchtigen Kräften werde sehr viel geleistet, und die Siedlerstellen machen sich bald bezahlt.

Zum Schluß wurde auf Antrag von Dr. Schenk von der Versammlung die Zustimmung dazu erteilt, aus den wenn auch geringen Mitteln des Vereins zur Förderung der Innenkolonisation unseren badischen Siedlern in irgendeiner Weise eine Erleichterung ihrer schwierigen Lage zu schaffen.

Der Bürgerausschuß Freiburg stimmte Vorlagen des Stadtrates zu, welche 728 000 RM für Verbesserungen und Ausbau des Elektrizitätswertes und der Straßenbahn verlangen. Ebenso wurde eine Kraftwagenlinie nach dem Freiburger Vorort St. Georgen einstimmig genehmigt. Auf Anfrage erklärte Oberbürgermeister Dr. Bender, daß die Finanzen der Stadt Freiburg, was das Verhältnis zwischen Vermögen und Schulden betreffe, wohl geordnet seien. Die Stadt habe keine kurzfristigen Schulden, die wenigen, die sie hatte, konnten in zufriedenstellender Weise konsolidiert werden.

Zum ersten Bürgermeister der Stadt Neustadt a. d. G. wurde der seitherige erste Bürgermeister Fortshuber mit 17 von 26 abgegebenen Stimmen auf zehn Jahre wiedergewählt.

### Umorganisation im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe

Nachdem von den ehemaligen Länderbahnen die Reichsbahndirektionsbezirke Dresden und Stuttgart die Umstellung des Aufgabenterritoriums der Bezirksstellen nach der ehemaligen preussischen Unterorganisation durchgeführt haben, und die Gruppenverwaltung Bayern diese Änderung demnächst durchführen wird, wird sich auch die Reichsbahndirektion Karlsruhe voraussichtlich auf 1. November 1930 der einheitlichen Unterorganisation anschließen.

Im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe sind zur Zeit Betrieb und Verkehr im Aufgabenterritorium der Betriebsämter zusammengefaßt. Daneben bestehen Bauämter für den Aufgabenterritorium des Baudienstes. Mit der Umorganisation wird der Betriebs- und Baudienst im Aufgabenterritorium der Betriebsämter zusammengefaßt. Für den Verkehrsdienst werden Verkehrsämter neu errichtet. An die Stelle von bisher 9 Betriebsämtern und 14 Bauämtern werden künftighin 15 Betriebs- und 5 Verkehrsämter treten.

Betriebsämter werden in Mannheim (2), Heidelberg (2), Lauda, Karlsruhe (3), Offenburg, Freiburg (2), Basel, Waldshut, Bilingen und Konstanz errichtet. Der Aufgabenterritorium der künftigen Betriebsämter wird die Durchführung des Betriebs, der Bahnunterhaltung und Bahnbewachung sowie die Ausführung von Bauten aller Art umfassen.

Verkehrsämter werden in Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Basel und Konstanz errichtet. Zum Aufgabenterritorium der neuen Verkehrsämter gehören: Pflege der Beziehungen zwischen Reichsbahn und Verkehrsinteressenten in allen die Abfertigung und Beförderung von Personen, Gepäd, Expresgut, Gütern und Tieren betreffenden Angelegenheiten; Verkehrsvermittlung; Beobachtung der Verkehrsmittel, Verkehrseinrichtungen und -anlagen für die Bedürfnisse des Handels, des Gewerbes, der Industrie und der Land- und Forstwirtschaft; Abschließen der Verträge mit Gleisanstaltbesitzern über Stützgutbeförderung auf Privatgleisanschlüssen; Beaufsichtigung der gesamten Verkehrsstellen, des Lade- und Beförderungsdienstes, des Bagendienstes; Überwachung des gesamten Kasendienstes der Stations-, Fahrkarten- und Güterklassen u. a. m.

### Tagung badischer Gutspächter

Der Verband badischer Gutspächter e. V. hielt in Karlsruhe unter Leitung seines Vorsitzenden Gehob und in Anwesenheit von Vertretern der Domänenabteilung des Finanzministeriums, der Badischen Landwirtschaftskammer und des württembergischen Gutspächterverbandes seine ordentliche Hauptversammlung ab. Monieter Vielhauer erstattete den Geschäfts- und Rechenschaftsbericht. Im Vordergrund steht die Neuregelung des Pachtrates und die Gestaltung des Reichsmittelgesetzes. Einstimmig wurde die Verlegung der Geschäftsstelle nach Freiburg beschlossen.

Nach Erledigung der Tagesordnung hielt Direktor Dr. von Engelberg einen Vortrag über „Badische Agrarpolitik des Jahres 1929 und Schlüsse daraus“. Er betonte, daß ein grundsätzlicher Unterschied gemacht werden müsse zwischen den Produkten, die im Inland ausreichend oder überschüssig gebauet werden, und denjenigen, die durch eine Zufuhr aus dem Ausland ergänzt werden müssen. Leider werde diese Unterscheidung von der Zollbehörde der Reichsregierung nicht genügend berücksichtigt. Es finde eine Ernährungsunterscheidung statt, die zum Ausgangspunkt habe, daß die deutsche Arbeiterkraft mehr und mehr zum Verbrauch einheimischer Stoffe übergehe. Für die Landwirtschaft ergebe sich daraus die praktische Forderung, daß Brotgetreide und Kartoffelanbau entweder eingeschränkt werden müssen oder nur auf der Futtermittelbasis in Rechnung gestellt werden dürfen. Es stelle sich immer mehr heraus, daß die Viehwirtschaft, und insbesondere die Viehmaß, die beste Zukunft haben. Daneben sei eine organisatorische Zusammenfassung der Produkte an einer Stelle notwendig, um großhandelsfähige Ware dem Markte zuführen zu können. Der Redner unterstrich zum Schluß die Bedeutung der „Grünen Front“. Schulzwang für alle Landwirtschaftsbetriebe und die Feldbereinigung seien notwendige Grundbedingungen für eine gute Entwicklung. In den Verbraucherkreisen müsse die Erkenntnis gefördert werden, daß der Bauernstand für alle eine Lebensnotwendigkeit sei.

## KAFFEE HAG

billiger:

Das große Paket RM 1.80

Das kleine Paket RM -.90

Kaffee Hag ist feinsten Bohnenkaffee, unübertrefflich an Geschmack und Aroma, dabei koffeinfrei und völlig unschädlich.

### Gemeinderundschau

Der Voranschlag der Stadt Forstheim genehmigt. — 1 898 400 RM Defizit. Nach dreitägiger Verhandlung genehmigte der Bürgerausschuß Forstheim mit großer Mehrheit den Haushaltsplan der Stadt Forstheim. Den Einnahmen mit 14 262 800 RM stehen Ausgaben mit 16 061 200 RM gegenüber, so daß sich ein Fehlbetrag von 1 898 400 RM ergibt, der durch folgende Umlageföge gedeckt werden soll: für 100 RM Grundvermögen 56 Pf., für 100 RM Betriebsvermögen 22 Reichspfennige und für 100 RM Gewerbevermögen 338 Pf. — Einleitend hatte Oberbürgermeister Gündert u. a. bemerkt, das Finanzproblem barre dringend der Regelung. Es sei allerhöchste Zeit, für eine Finanzreform, die das Problem der planmäßigen steuerpolitischen Förderung der Kapitalbildung löse und eine normale Nachfrage nach Arbeitskräften wiederherstelle. Ziel aller badischen Gemeinden sei heute die Vermeidung jeder Steuererhöhung und sparsamste Zurüchhaltung. Der vorliegende Haushaltsplan sei zwar ausgeglichen, aber fast jeder nennenswerten Reserve bar. Die Einnahmen der Jugend-, Fürsorge- und Gesundheitsämter weisen insgesamt 3 111 600 RM an Ausgaben auf. Die Abwägung des Kapitalmarktes für den kommunalen Kredit für die Gemeinde bringe die Unmöglichkeit, sich nennenswerte Mittel aus dem Kapitalmarkt zu beschaffen. In der Aussprache traten die Redner fast alle Fraktionen für den Zusammenschluß von Württemberg und Baden ein.

### Aus der Landeshauptstadt

Eingemeindung am Rhein. Die Rheinfront Karlsruhes wird eine Verbreiterung erfahren. Die südlich des Rappenhörs gelegene domäneneigene Gemarkung Rastenhörs soll mit Wirkung vom 1. April 1930 aufgelöst und unter die benachbarten Gemarkungen Karlsruhe, Forstheim und Neuhofweier aufgeteilt werden. Der Stadtrat hat dem hierüber mit dem Domänenrat vereinbarten Vertrag, vorbehaltlich der Genehmigung des Bürgerausschusses zugestimmt. Nachdem schon vor kurzem durch die Eingemeindung eines Teiles des Hartwaldes die Gemarkungsfläche der Stadt sich um 1270 Hektar vergrößert hat, erhält die Stadt jetzt hierdurch einen neuen Gemarkungszuwachs von etwa 184 Hektar und eine Verbreiterung ihrer Rheinfront von etwa 800 Meter.

Todesfall. Ein in den weitesten Kreisen bekannter Geschäftsmann, Carl Schöps, ist im vollendeten 60. Lebensjahre gestorben. Er war der Gründer und Leiter des großen Konfektionsgeschäfts Schöps am hiesigen Marktplatz.

Registrierung eines Erdbebens. Die Seismographen der Erdbebenwarte des Naturwissenschaftlichen Vereins im Geodätischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe registrierten gestern abend ein ziemlich heftiges Erdbeben. Die ersten Vorläuferwellen erreichten 19 Uhr 42 Min. 17 Sek. die Station. Das Maximum der Bewegung fiel auf 19 Uhr 46 Min. Die Herdentfernung beträgt zirka 1800 Kilometer. Gegen 20.30 Uhr kamen die Apparate zur Ruhe.

Dem Gedächtnis Richard Wagners. Aus Anlaß der Wiederkehr des Todestages Richard Wagners (13. Febr. 1888) veranstaltete der Bayreuther Bund der deutschen Jugend, Ortsgruppe Karlsruhe, eine würdige Gedenkfeier, in Form eines ganz mit Werken des großen Meisters besetzten Schallplattenkonzertes, das freudig begrüßt wurde und neben den Mitgliedern des Bundes eine außerordentlich große Anzahl geladener Gäste und Verehrer des Schaffens des Bayreuthers angezogen hatte. So war der große Saal des Tiergartenrestaurants voll besetzt und der äußerst rührige Vorsitzende und die Seele des Bundes, Bankdirektor a. D. Lorenz, konnte mit Recht voll Stolz für den glänzenden Besuch danken, und besonders neben der Presse das Ehrenmitglied, Verleger Dr. Knittel und Gemahlin, Mitglied des Bayreuther Verwaltungsausschusses, begrüßen. Nachdem der Redner weiter Wagners als des größten musikalischen Dramatikers Deutschlands gedacht hatte, hörte man noch eine größere Anzahl zum Teil überragender Platten, welche die Musikalienhandlung Fritz Müller, zusammen mit dem neuen Apparat: „Elektrala-Modell 520“ zur Verfügung gestellt hatte. Rechtsanwalt und Stadtrat Dr. Müller feierte Richard Wagner als Volkshelden, der deutschen Geist und deutsches Wesen wieder erneuern wollte, der Bayreuther Bund wolle in diesem Geiste schaffen und wirken. Direktor Lorenz entwickelte dann noch das großzügige Programm des Bundes für das kommende Jahr.

Badisches Landestheater. Das Schauspiel bringt an Wiederholungen: am Montag, dem 17. Februar, „Die andere Seite“ von Scheriff, am Dienstag, dem 18., und Samstag, dem 22. Februar, „Die Dreigroschenoper“ von Bert Brecht und Kurt Weill (außer Miete), und am Freitag, dem 21. Februar, das Schauspiel „Karl und Anna“ von Leonhard Frank in der Sondermiete des „Theater“-Zyklus. — In der von Dr. Walthers Landgrebe inszenierten Erstaufführung der Komödie „Ingeborg“ von Kurt Götz am Mittwoch, dem 19. Februar, abends, wirken die Damen Quaiser, Ziegler und die Herren Brand, Klobbe und Müller mit. — Am Mittwoch, dem 19. Februar, findet eine Nachmittags-Schülerdarstellung von Humperdinds musikalischem Märchenstück „Pänel und Gretel“ statt, wobei Lotte Fischbach die Partie der „Gretel“ singen wird. Für die Volksbühne geht am Donnerstag, dem 20. Februar, die komische Oper „Das Mädchen des Eremiten“ von Wallart in Szene. Am Sonntag, dem 23. Februar, gelangt Eugen v. Alberts Musikdrama „Tiefenland“ am Nachmittag als 10. Vorstellung für auswärtige Mieter zur Wiederholung, während abends Vorhings „Wasserschmied“ neuinszeniert in Szene geht. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die „Dreigroschenoper“ bestimmt nicht in die Pflanzmiete kommen wird! — Willy Jilken singt am morgigen Sonntag in „Tiefenland“ als Gast den „Pedro“ für den erkrankten Kammerfänger Wilhelm Rentwig.

Ausstellung „Das Selbstbildnis Badischer Künstler“. Im Badischen Kunstverein (Badstr. 8) beginnt am 15. Februar die Ausstellung der anlässlich des vom Bad. Ministerium des Kultus und Unterrichts erlassenen Preisauswählens eingereichten „Selbstbildnisse der badischen Kunstler“. Raumgründe machten es erforderlich, daß im Kunstverein die Werke der Malerei gezeigt werden, während Graphit und Plastik in dem von der Bad. Kunsthalle hierfür zur Verfügung gestellten westlichen Parterre-(Graphit-)Saal (Eingang Hauptportal der Kunsthalle) zur Ausstellung gelangten. Mehrfachen Anregungen folgend, wird den Besuchern Gelegenheit geboten, das nach eigener Meinung beste Selbstbildnis jeder Technik durch Abgabe eines Stimmzettels zu bezeichnen. Die Stimmzettel sind im Kunstverein erhältlich. Das Ergebnis wird nach Schluß der Ausstellung veröffentlicht. Ein illustrierter Katalog über die Ausstellung ist erschienen. (S. Anzeige in vorliegender Nummer).

Die Aufführungszeiten des Theaterstückes „Das“ der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, das von einer Berliner Truppe im Konzerthaus zu Aufführungszwecken gespielt werden soll, haben sich geändert. Die Vormittagsaufführungen fallen wegen zu geringer Anmeldungen aus. Es finden Vorstellungen statt: Montag, Dienstag und Donnerstag vom 17. Februar bis 20. Februar d. J. um 3 Uhr, um ½6 Uhr und um 8.15 Uhr. Die Morgenvorstellung am Sonntag, dem 18. Februar, 11.15 Uhr, findet nur vor geladenem Publikum statt. (Siehe Inserat.)

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Ein kleines Niederschlagsgebiet ist heute nacht vom Mittelmeer das Rhonetal hinauf überraschend bis in unser Gebiet vorgezogen und hat im Gebirge allenthalben einige Zentimeter Neuschnee gebracht. In der Ebene fiel vorübergehend leichter Regen bei Temperaturen um Null. Infolge Bewölkung ist es in tiefen Lagen nur teilweise zu leichtem Nachtfrost gekommen. Die Wetterlage hat sich jetzt für unser Gebiet geändert. Das europäische Hochdruckgebiet ist nach Südosten abgezogen. An seiner Stelle hat uns ein über der Nordsee erschienener Tiefdruckausläufer in seine Zirkulation einbezogen. Neue Polarluft ist auf der Rückseite einer über Skandinavien liegenden Zyklone vom Nordmeer bis nach England vorgezogen. Zu ausgesprochen mildem Westwetter wird es daher nicht kommen, vielmehr ist zu erwarten, daß der Polarluftsturm neuerdings hohen Druck über Nordwesteuropa bringen wird. Wetterausichten: Zunächst veränderlich bei zeitweise auffrischenden Nordwestwinden, stichweise leichte Niederschläge (Gebirge Schnee), Temperaturen wenig verändert, später aufheitend und wieder kälter.

Ein Landtagsgesuch um Aufteilung der unteren Luffhardt. Von den Gemeinderäten Oberhausen, Altluffheim und Neuluffheim ist beim Badischen Landtag ein Gesuch über Aufteilung der unteren Luffhardt eingegangen.



**Kurze Nachrichten aus Baden**  
**Der Großbrand in Dellingen**

Ob. Dellingen (Donauauehingen), 15. Febr. Der Feuerwehrmann Jakob Kleinhaus, der von einer umstürzenden Telegraphenstange (nicht Mauer) getroffen und schwer verletzt wurde, ist auf dem Transport ins Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Er hinterläßt eine Witwe und 7 unmündige Kinder. Die Gendarmerie hat wegen dringenden Verdachts der Brandstiftung eine weitere Verhaftung vorgenommen, und zwar handelt es sich um den 24 Jahre alten Knecht Josef Reichmann, der bei der Witwe Krempf, in deren Haus der Brand ausbrach, beschäftigt ist.

Wie weiter gemeldet wird, verhaftete die Gendarmerie gestern abend die Ehefrau des Kraftfabrikunternehmers Glunz, der bereits unter dem Verdachte der Brandstiftung festgenommen ist, da sie ebenfalls der Brandstiftung verdächtig erschien. Sie hat inzwischen auch ein Geständnis abgelegt, wonach sie ihr Haus, als sie sah, daß in der Nähe ein Anwesen brannte, angezündet hat. Außer diesen beiden Leuten befinden sich noch zwei weitere Personen in Haft.

Zur Hilfe für die Brandgeschädigten hat sich ein Hilfsausschuß gebildet. Die Bezirksparlatte Donauauehingen (Postfachkonto 3550 Karlsruhe) und die Badische Landwirtschaftsbank Donauauehingen (Postfachkonto 1159 Karlsruhe) sowie der ländliche Kreditverein Dellingen nehmen Geldspenden entgegen. — Die evangelische Landeskirche ließ durch den Kirchenpräsidenten D. Würth den Brandgeschädigten in Dellingen den Betrag von 1000 RM überweisen. — Die gleiche Summe stiftete der Badische Frauenverein vom roten Kreuz.

Im benachbarten Unterbaldingen brach in der Scheune des Landwirts Hermann Drobhoff, einem der größten Anwesen der Gemeinde, Feuer aus. Das Wohngebäude wurde vollständig, das Wohngebäude bis auf den ersten Stock zerstört. Der Schaden beläuft sich auf etwa 45 000 RM.

Ob. Heidelberg, 14. Febr. Vor dem erweiterten Schöffengericht fand am Freitag die Verhandlung gegen den Medizinstudenten Wilhelm B. Wenzel statt, der beschuldigt war, den Tod des Kommitenten Reuhoff anlässlich einer Bestimmungsmessung am 11. Dezember 1929 in Heidelberg herbeigeführt zu haben. Wenzel brachte seinem Anwalt eine leichte Schminke an der linken Stirnseite bei, die nach den übereinstimmenden Gutachten der sachverständigen Ärzte als absolut harmlos und unbedeutend bezeichnet wurde. Wie der inzwischen verstorbene Reuhoff angab, hat er die Wunde mit ungewaschenen Fingern berührt, wodurch eine Wundneurose verursacht wurde, die am 22. Dezember 1929 den Tod des Reuhoff herbeiführte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 6 Monaten Festungshaft nach § 205 (einfacher Zweikampf). Der Vorstehende führte zur Begründung aus, daß an sich der Tatbestand des § 205 erfüllt sei, doch habe der Verletzte durch sein selbständiges Eingreifen den ursächlichen Zusammenhang unterbrochen und den Tod verschuldet.

**Badisches Landes-theater**  
Spielplan vom 17. bis 24. Februar 1930  
Im Landes-theater:  
Montag, 17. Febr. \* G 15. Th.-Gem. III. S.-Gr. 2. Hälfte und 1101—1200. Die andere Seite. Drama von Scherriff. 20 bis gegen 23 (7 RM).  
Dienstag, 18. Febr. Außer Miete. Sondervorstellung des Zyklus „Zeittheater“: Die Dreigroschenoper. Ein Stück mit Musik von Brecht-Weill. 20 bis gegen 23 (7 RM).  
Mittwoch, 19. Febr. Nachmittags: 6. Vorstellung der Säulermiete: Hänsel und Gretel. Märchenoper von Humperdinck. Darauf: Konzerte. Von Tschaikowsky. 15½ bis 18 (7 RM). Plätze im 2., 3. und 4. Rang sind für den allgemeinen Verkauf freigegeben.  
Abends: \* C 16. Th.-Gem. 1—100 und 401—500. Zum erstenmal: Jungfer. Komödie von Göb. 20 bis 22 (5 RM).  
Donnerstag, 20. Febr. Volksbühne 2. Das Glöckchen des Eremiten. Komische Oper von Maillart. 19½ bis 22 (7 RM). Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Freitag, 21. Febr. Sondermiete „Zeittheater“ (4. Vorstellung der Abteilung II). Karl und Anna. Schauspiel von Frank. 20 bis nach 22. Kein Kartenverkauf!

Samstag, 22. Febr. Außer Miete. Sondervorstellung des Zyklus „Zeittheater“: Die Dreigroschenoper. Ein Stück mit Musik von Brecht-Weill. 20 bis gegen 23 (7 RM).

Sonntag, 23. Febr. Vormittags: Vortrag von Dr. Vater Expeditor Schmidt „Theater, Volk und Publikum“. 11½ bis 12½ (1,50 RM).

Nachmittags: 10. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: Tiefland. Musikdrama von d'Albert. 15 bis 17½ (4 RM).

Abends: \* E 15. Th.-Gem. 201—300 und 1401—1500. Neu einstudiert: Der Waffenschmied. Komische Oper von Vorking. 19½ bis 22 (8 RM).

Montag, 24. Febr. Volksbühne 2. Das Glöckchen des Eremiten. Komische Oper von Maillart. 19½ bis 22 (7 RM). Plätze aller Platzkategorien sind für den allgemeinen Verkauf freigegeben.

Im Städtischen Konzerthaus:  
Sonntag, 23. Febr. \* ... Vater sein dagegen sehr! Komödie von Carpenter. 19½ bis nach 21½ (4,10 RM).

In der Städtischen Festhalle:  
Montag, 17. Febr. 5. Volksinfonietonzert. Solist: Alfred Hoehn (Klavier). 20 bis gegen 22 (3 RM).

Auswärtiges Gastspiel:  
Freitag, 21. Febr. In Freiburg: Die Dreigroschenoper.

Umtausch für Inhaber von Wochenheften Samstag nachmittags 15½ bis 17 Uhr. Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Kartenverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landes-theaters, Telefon 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Fritz Müller, Telefon 888; und Waldfraße, Telefon 888; und Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstraße 159, Telefon 1420; Zigarettenhandlung Fr. Brunner, Kaiserstraße 29, Telefon 4561 und Kaufmann Karl Holzschuh, Werberplatz 48, Telefon 503.



**M-A-N**  
MACHINENFABRIK AUGSBURG-MÜNCHEN  
**LASTWAGEN**  
**OMNIBUSSE**  
Das hochwertige Fahrzeug aus weltbekanntem Werk  
Näheres über unsere 3 1/2 u. 5 Tonne von unserem  
**M.N.H. Lastwagenbüro Mannheim**  
Kaiserring 42/44. Fernruf 41560  
Zweigbüro, Werkstatt und Ersatzteillager  
Neustadt-Hdt., Landauer Str. 50  
Fernruf 5009

**Beugleiden**



**Gute Heilerfolge**

wurden in Fällen, wo andere Heilmittel ohne Erfolg versucht waren, durch unsere Methode ohne Operation, ohne Einspritzung, ohne Berufsförderung erzielt und sind bestätigt. Referenzen pp. gegen doppeltes Rückporto.

Sprechstunde unseres Vertrauensarztes:  
Karlsruhe: Mittwoch, 19. Februar, vorm. 9½—11 nachm. 2—5, Hotel Luz (am alten Bahnhof). R. 167  
„Hermes“ Ärztliches Institut für orthopädische Bruchbehandlung G.m.b.H., Hamburg 36, Eiplanade 6.

**KONZERTHAUS**  
**OLAF**

Aufklärungs-Theaterstück von Ernst Laskowski

| Montag      | Dienstag    | Mittwoch    | Donnerstag  |
|-------------|-------------|-------------|-------------|
| 17/2        | 18/2        | 19/2        | 20/2        |
| 15—17       | 15—17       | 15—17       | 15—17       |
| 17,30—19,30 | 17,30—19,30 | 17,30—19,30 | 17,30—19,30 |
| 20,15—22,15 | 20,15—22,15 | 20,15—22,15 | 20,15—22,15 |

Jugendliche unter 17 Jahren haben keinen Zutritt  
Karten in der Musikalienhandlung Fritz Müller  
Kaiser-, Ecke Waldstraße 176



**Badisches Landes-theater**

Montag, den 17. Februar 1930

In der Städtischen Festhalle

**5. Volksinfonietonzert**

Leitung: Rudolf Schwarz. Solist: Alfred Hoehn (Klavier)  
Sinfonie G-Dur (n.d. Bauteinschlag), Haydn — Durlesse,  
Richard Strauß — VI. Sinfonie A-Dur, Brudner  
Der Konzertsüßel Steinway und Sons ist aus dem  
Pianolager G. Maurer, hier, Kaiserstraße 176  
Anfang 20 Uhr  
Saal I. Abteilung 3 RM

**Möbel**  
Speisezimmer  
Herrenzimmer  
Schlafzimmer  
Küchen  
einzelne Möbelstücke  
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus  
**Maier Weinheimer**

Karlsruhe Zahlungsrichtung, Kronenstr. 32  
Kein Laden, daher billigste Preise 940

Q.166. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Max Winter in Karlsruhe, wurde nach erfolgter Bestätigung des am 10. 2. 1930 geschlossenen Vergleichs aufgehoben. Die Verfügungsbeschränkung wurde ebenfalls aufgehoben.  
Karlsruhe, 12. 2. 1930.  
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.

Druck G. Braun, Karlsruhe

**Zwangsversteigerung.**

6. V. 19/29

Im Zwangswege versteigert das Notariat 6 Karlsruhe am Donnerstag, den 3. April 1930, vormittags 9 Uhr, in seinen Diensträumen in Karlsruhe, Kaiserstr. 184, das Grundstück des Michael Franz, Chauffeur in Karlsruhe-Darlanden, auf Gemarkung Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 18. Dezember 1929 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über die Grundstücke samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 18. Dezember 1929 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung, vor der Aufforderung zum Bieten, anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erbverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben, oder einwirken einstellen lassen, sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des veräußerten Gegenstands.

Grundstückbeschreibung:  
Grundbuch von Karlsruhe, Bd. 564, Blatt 8 Lgb. Nr. 19545, Aqathenstr. 18, Hofreite und Hausgarten: 2 a 11 qm, 35 qm.

Auf der Hofreite steht:  
a) ein zweistöckiges Wohnhaus, Keller mit Eisenbetondecke,  
b) ein einstöckiges Stallgebäude,  
c) ein einstöckiger Güterstall. Q.165

Schätzungswert ohne Zubehör: 10 400 RM, Schätzungswert mit Zubehör: 10 420 RM.

Karlsruhe, 6. 2. 1930.  
Bad. Notariat VI — als Vollstreckungsgericht —



**Badisches Landes-theater**

Sonntag, 16. Februar 1930

\*B15. Th.-Gem. 1901—1400

Neu einstudiert:

**Tiefland**

Musikdrama von d'Albert

Dirigent: Schwarz

Regie: Dr. Sandgrebe

Mitwirkende:

Blatt, Franz, Seiberlich, Winter, Kallab, Frey, Rießer, Böfer, Jilken a. G., Müller, Schöpfkin.

Anfang 19½, Ende geg. 22

Preise D (1—8 RM)

Montag, 17. Februar 1930

\*C 15. Th.-Gem. 3. S.-Gr.

2. Hälfte und 1101—1200.

**Die andere Seite**

Drama von Scherriff

Deutsch von Reifiger

Regie: Raumbach

Mitwirkende:

Dahlen, Gemmede, Graf, Hietl, Just, Kloeble, Müller, Prüter, Schulze, v.d. Trend, S. Kienersch, Luther, Anfang 20 Ende geg. 23

Preise A (0,70—5 RM)

Di., 18. Febr.: Die Dreigroschenoper.

**Im Städt. Konzerthaus**

\*Sonntag, 16. Februar 1930

**... Vater sein dagegen sehr**

Komödie von Carpenter

Regie: Herz

Mitwirkende:

Geier, Rademacher, Ziegler, Hebeisen, Jani, Seiling, Brand, Dahlen, Graf, Göder, Mehner, Schneider, Schulze.

Anfang 19½, Ende n. 21½

I. Parterre 4,10 RM

15. Februar bis 6. März 1930:

**AUSSTELLUNG**

des Staatlichen WETTBEWERBS für Bad. Künstler

**„DAS SELBSTBILDNIS“**

Im Badischen Kunstverein Waldstraße 3: OELGEMALDE  
in der Badischen Kunsthalle: PLASTIK UND GRAPHIK

• Beide Ausstellungen geöffnet:

Sonntags 11—1 und 2—4; Werktags 10—1 und 2—4 Uhr

EINTRITT für beide Ausstellungen: 50 Rpt.

(die in einer der Ausstellungen gelöste Eintrittskarte berechtigt zum Besuch der anderen Ausstellung.) MITGLIEDER des Badischen Kunstvereins in beiden Ausstellungen: Freier Eintritt; vorzeigen der Mitgliedskarte 1930 jedoch unbedingt erforderlich!

Den Besuchern ist Gelegenheit geboten über das, nach ihrer Meinung beste Bild, die beste Graphik und Plastik, abzustimmen; Stimmzettel an der Kasse des Kunstvereins erhältlich. Das Ergebnis wird nach Schluß der Ausstellung bekannt gegeben.

Illustrierte Kataloge an beiden Kassen erhältlich! 178

Q.167. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Hans Werner, Bäckerei u. Konditoreibedarfsartikel in Karlsruhe, Kaiserstr. 91, wurde heute, mittags 5 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Dr. Kräper, hier, Markstr. 17. Konkursforderungen sind bis zum 8. März 1930 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entscheidung über die in § 133 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände u. zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist am: Mittwoch, den 12. März 1930, vorm. 11½ Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. Nr. 8, 3. Stock, Zimmer Nr. 253. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt, oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 28. Februar 1930 anzuzeigen.  
Karlsruhe, 13. 2. 1930.  
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.  
Insorieren bringt Gewinn!

Q.166. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Max Winter in Karlsruhe, wurde nach erfolgter Bestätigung des am 10. 2. 1930 geschlossenen Vergleichs aufgehoben. Die Verfügungsbeschränkung wurde ebenfalls aufgehoben.  
Karlsruhe, 12. 2. 1930.  
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.

**PORPHYRWERK DOSENHEIM**

HANS VATTER  
DOSENHEIM A. B. ROSTER  
LIEFERT AUS SCHLOSS-4 HECKENMARBRUCH ERSTKLASSIGES

**STRASSENBAU-MATERIAL**

**COLOSSEUM**

Heute 8 Uhr  
Sonntags  
3 1/2 und 8 Uhr  
Lokal-Revue  
Karneval 1930